

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Februar 2024

Kreistag

Buslinien im Landkreis

Sowohl im Mobilitäts- als auch im Kreisausschuss wurde die Buslinie X920 diskutiert. Sie wird schließlich zum Ende des Jahres mit dem Fahrplanwechsel eingestellt. Diese Linie ist vor vier Jahren eingeführt worden und verbindet Fürstenfeldbruck, Gilching und Krailling, dort die KIM mit der U-Bahn Großhadern. Nachdem diese Linie nur wenig Zuspruch erfahren hat, vor allem aufgrund einer parallel fahrenden Linie von Gilching nach Fürstenfeldbruck, ist der Landkreis FFB aus diesem Verbund ausgestiegen. Der Landkreis müsste bei Fortführung die kompletten Kosten übernehmen, die in einem hohen sechsstelligen Bereich lägen. Die FDP hat sich dafür eingesetzt, dass die Gemeinde Krailling einen Teil des Defizits übernimmt, um so diese Linie fortzuführen, die vor allem durch die Anbindung des Gewerbegebiets KIM von Bedeutung ist. In beiden Ausschüssen gab es dafür keine Mehrheit. Nun soll der X910, der von Gilching über Gaubing zur U-Bahn fährt, auch Krailling anfahren. In Krailling besteht dann eine Umsteigemöglichkeit zur KIM. Die sogenannte Ostufer-Linie wurde einstimmig bestätigt.

Berg

Bauantrag Pferdesolarium

In seiner letzten Sitzung versagte der Gemeinderat einstimmig einem bekannten Nebenerwerbslandwirt die Zustimmung zu einer Errichtung eines Solariums für Pferde.

Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft

Erhitzt wurde in der Gemeinderatssitzung vom 27.02.2024 die Voranfrage des Landratsamtes zur Erweiterung der bestehenden Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge von bisher 96 Plätzen um weitere 72 bzw. 96 Plätze diskutiert. Seitens der konservativen Gruppierungen wurden Ghettobildung und Überforderung der Infrastruktur sowie der ehrenamtlichen Asylhelfer befürchtet. Letztem Punkt widersprachen anwesende Asylhelfer aus dem Publikum (unzulässigerweise) lautstark. Aus Vorgesprächen war bekannt, dass eine Betreuung zwar nicht umfassend, aber dennoch gewährleistet ist. Zu erstem Punkt wurde angemerkt, dass die CSU trotz nichtöffentlicher Vorbehandlung keinen Alternativstandort vorweisen konnte. Hinsichtlich der Überforderung der Infrastruktur hat auch die FDP Bedenken. Diese ist aber mit der Erweiterung um 72 Plätze auf Nachfrage nicht gegeben.

Angesichts des Umstandes, dass sich der Landrat um möglichst für die Einheimischen nicht-beeinträchtigende Unterkunftslösungen bemüht und die Standortwahl auch vom Asylhelferkreis als infrastrukturell geeignet gesehen wird und alternativ z.B. Turnhallenbelegungen im Raum stehen, stimmte die FDP der Erweiterung um 72 Plätze zusammen mit Freien Wählern, QUH und Grünen sowie Teilen der SPD und CSU zu. Dagegen sprachen sich EUW, weite Teile der CSU und eine SPD-Stimme aus, so dass es zum knappstmöglichen Abstimmungsergebnis von 10:8 kam.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Gauting

Haushaltsbeschluss 2024

Überwiegend konstruktiv und respektvoll verliefen die Beratungen über den Gautinger Gemeindeetat 2024 in nicht ganz einfachen Zeiten. Und auch wenn es zeitweilig nicht danach aussah, so haben es die Gemeinderatsmitglieder doch geschafft einen - mit Einschränkungen - genehmigungsfähigen Haushalt für unsere Gemeinde zu erarbeiten. Und so viel sei vorweg verraten: Dem Haushaltplan 2024 nebst Finanzplanung erteilte auch die FDP-Fraktion im Gautinger Gemeinderat ihre Zustimmung. Zusammenfassend lässt sich jedoch feststellen, dass die Abbruchkante des finanziellen Abgrunds abermals erheblich näher an die Würmtalgemeinde herangerückt ist. Externe und für das Ratsgremium nicht beeinflussbare Faktoren wie das durchwegs erhöhte Preisniveau, Personalkostensteigerungen, die angehobene Kreisumlage oder die aus dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz resultierenden Zusatzbelastungen haben maßgeblich hierzu beigetragen und auch die letzten verbliebenen finanziellen Spielräume schwinden lassen. Und selbst die für die Gemeinde Gauting erneut sehr großzügig ausgefallenen Schlüsselzuweisungen können die aufgerissenen Löcher dabei nur bedingt füllen.

Vor diesem Hintergrund war es bedauerlicherweise unvermeidlich im Haushaltsjahr 2024 auch bei den zahlreichen freiwilligen Leistungen und Zuschüssen moderate Kürzungen vorzunehmen. Dies ist mit Sicherheit keinem Vertreter im Gemeinderat leichtgefallen. Richtig finden wir als FDP-Fraktion jedoch, dass von den notwendigen Einsparungen keine Institution ausgeklammert wurde, andererseits aber auch keine Einrichtung eine übergebührende Belastung erfahren musste. Denn nur wenn Kürzungen fair und nach dem Prinzip der Gleichbehandlung vorgenommen werden, können wir auf Verständnis und Akzeptanz hoffen.

Auch wenn die finanzielle Lage ernst ist und in den kommenden Jahren der Gemeinde Gauting weiterhin die Gefahr einer finanziellen Handlungsunfähigkeit droht, so bestehen mittel- bis langfristig durchaus Auswege aus dieser misslichen Situation: Insbesondere die Realisierung der geplanten Gewerbegebiete birgt dabei die große Chance die Einnahmenseite des Kommunalhaushalts nachhaltig zu stärken.

Bis es so weit ist, wird zur Überbrückung aber weiterhin der eingeschlagene Konsolidierungskurs fortgesetzt werden müssen. Mit der Kürzung des gebuchten Stundenkontingents beim Zweckverband für die kommunale Verkehrsüberwachung (Geschwindigkeit und Parkraum) und einer Prüfung des Austritts aus dem Verein Regionalmanagement München Südwest hat die FDP-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen dabei auch eigene Akzente gesetzt. Angesichts der abgeschmolzenen Rücklage wird die Gemeinde Gauting in den kommenden Haushaltsjahren jedoch stets auf größere zusätzliche Einnahmenpositionen im Vermögenshaushalt angewiesen bleiben. Hierzu kann die Veräußerung strategisch unbedeutender Gemeindegrundstücke aus Sicht der FDP-Fraktion einen gewissen Beitrag leisten. Größere Fortschritte erwarten wir uns 2024 daher auch beim Bebauungsplan für die Entwicklung des sogenannten Wunderl-Areals an der Starnberger Straße. Denn 22 Jahre nach dem Erwerb des Grundstücks muss die Zeit für Entscheidungen aus Sicht unserer Fraktion nun wirklich reif sein. Einen weiteren Fortbestand der Brache bis in die nächste Wahlperiode hinein könnten wir dagegen weder finanziell noch politisch weiter vertreten.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



FDP-Antrag zur Überprüfung der gemeindlichen Kunstsammlung

Die Gemeinde Gaubing hat in den vergangenen Jahrzehnten einen beachtlichen Bestand von Kunstgemälden erworben bzw. angesammelt. Die Bilder und Kunstwerke sind weitestgehend in der Gemeinde eingelagert und damit der Öffentlichkeit bedauerlicherweise nur bedingt zugänglich. Da in der Gemeinde zudem nur begrenzte Lagerkapazitäten bestehen, erscheint es aus Sicht der FDP-Fraktion fraglich, ob eine sachgemäße Lagerung für alle Bilder tatsächlich gewährleistet werden kann. Und vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage können notwendige Restaurierungsarbeiten vermutlich auch nur bedingt sichergestellt werden. Die FDP-Fraktion im Gemeinderat brachte daher zur jüngsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einen Antrag zur Überprüfung der gesamten gemeindlichen Kunstsammlung ein.

Ziel der Maßnahme sollte dabei sein, eine Auswahl zu treffen, welche Gemälde und Kunstwerke aufgrund ihres Bezugs zur Gemeinde Gaubing (Künstler, Motiv) und ihrer Bedeutung für die Ortsgeschichte unbedingt im Gemeindebesitz verbleiben müssen. Weiterhin sollte jeweils geprüft werden, ob etwaige rechtliche Auflagen (z.B. aus Nachlässen oder Schenkungen) den Verbleib im Gemeindeeigentum erfordern. Für Bilder, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, könnte dagegen die Leihgabe an Museen & Kunstsammlungen oder auch der Verkauf geprüft werden. Für die Sichtung und Überprüfung der gemeindlichen Kunstsammlung schlug die FDP-Fraktion vor, eine Arbeitsgruppe aus kundigen Mitgliedern des Gemeinderats sowie der Verwaltung zu initiieren. Der Antrag wurde angenommen.

Seefeld

Erlass einer Feuerwehrcostensatzung

Damit Feuerwehreinsätze (außer der Personenrettung) dem Verursacher rechtssicher in Rechnung gestellt werden können, war der Erlass einer entsprechenden Satzung zusammen mit kalkulierten, pauschalen Kostensätzen für Personal- und Geräteinsatz erforderlich. Damit können auch noch in der Vergangenheit liegende Einsätze erfasst werden.

Tutzing

Tutzing hat einen neuen Bürgermeister

Nachdem - auch mit alleiniger öffentlicher Unterstützung der FDP-Ortsgruppe und der FDP-Fraktion im Gemeinderat - der Kandidat der CSU, Ludwig Horn, letztes Jahr erfolgreich mit Zwei-Drittel-Mehrheit zum Bürgermeister gewählt wurde, legte er unter Teilnahme einer größeren öffentlichen Besucherschaft in der Gemeinderatssitzung Anfang Februar seinen Amtseid ab. Als Listennachfolger für die CSU wurde der Fischermeister Rolf Beck vereidigt.

Sitzungsgelder

Jeder Gemeinderat erhält in Tutzing eine Aufwandsentschädigung von 30 € pro teilgenommener Sitzung. In einem Antrag der Grünen wollten diese eine Regelung einführen, wobei eine Mindestteilnahme von 50 % der Sitzungen erforderlich wäre, um dieses Sitzungsgeld zu erhalten. Aus Sicht der FDP, wie auch dem Großteil der anderen Fraktionen, wird in diesem Antrag ein Vorwurf mit formuliert, wonach die Sitzungen

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



von den Gemeinderäten aus monetären Aspekten besucht werden. Auch der Ansatz hierbei zu sparen ist sehr vordergründig. Betrachtet man die Anzahl, bei der ein Gemeinderat wegen Krankheit oder terminlicher Überschneidungen in einer Ausschusssitzung von seinem Vertreter ersetzt wird und damit also zweimal 30 Euro bezahlt werden, beläuft sich der kumulierte Betrag auf unter 200€. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt,

Mobilfunkmast Monatshausen

Erneut wurde das Vorhaben der Errichtung eines Mobilfunkmastens von Vodafone bei Monatshausen besprochen. Hierbei wurde der von der Gemeinde abgelehnte Bauantrag vom Landratsamt ersetzt. Auch ein Tekturantrag, mit einem nur um 30 cm höheren Mast, der ebenfalls von der Gemeinde die Genehmigung verweigert wurde, wurde ebenfalls vom Landratsamt ersetzt. In der Sitzung ging es darum, ob die Gemeinde gegen diesen Beschluss klagen soll. Der von der Gemeinde beauftragte Anwalt stellte dar, dass es durchaus eine Chance vor Gericht zum Anfechten der Baugenehmigung gibt. Die juristische Beratung sei durch die Rechtsschutzversicherung der Gemeinde abgedeckt. Allerdings wäre hierzu ein zusätzliches Gutachten in Höhe von 13.000 -15.000 € nötig, um auch die technischen Voraussetzungen eines alternativen Standortes entsprechend darstellen zu können. Dieser alternative Standort ist auch von der Gemeinde angeboten worden, allerdings wegen eines nur mit knapper Mehrheit 2020 gefällten Gemeinderatsbeschlusses initial nicht angeboten worden. Dabei wurde beschlossen, keinen gemeindeeigenen Grund für 5G-fähige Masten anzubieten.

Da jedoch auch der gemeindliche Rechtsanwalt einen möglichen Erfolg nur im Einspruch für die jetzt erteilte Baugenehmigung und keine wirkliche Option auf eine Verhinderung eines Funkmasts in unmittelbarer Nähe des jetzt gewählten Standorts gesehen hat, hat die FDP im Einklang mit unserer Ortsgruppe allein gegen eine Klage gestimmt. Im Vordergrund dieser Entscheidung scheint ein falsches Verständnis für die in der Umgebung betroffenen Einwohner Monatshausens zu stehen. Der Errichtungsdruck für Funkmasten ist von Seiten der Bundesregierung so hoch und die Hürden für eine Baugenehmigung so niedrig, dass eine Verhinderung unmöglich erscheint.

Feuerwehr Drehleiter

Als abschließender Punkt wurde eine Zweckvereinbarung mit den Gemeinden Gaating und Berg für die Beschaffung jeweils einer Feuerwehrdrehleiter geschlossen, die von diesen beiden Gemeinden ebenfalls benötigt wird. Über die Bündelung der Bedürfnisse ist hier eine bessere Ausschreibung möglich.